

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/50. Jahrgang

Dezember 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

## BVerfG: Hartz IV gegen Menschenrechte und Grundgesetz

Viele Hartz-IV-Bezieher mögen kurz aufatmen: Die schlimmsten Sanktionen sind vom Tisch. Leistungskürzungen von mehr als 30% und erst recht von 100% - das Damoklesschwert der Job-Center – sind verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe am 5. November entschieden. Lange genug haben die Kläger auf dieses Urteil warten müssen. Die Richter taten sich offenbar schwer damit, einerseits das himmelschreiende Unrecht zu benennen und andererseits den Urhebern der Hartz-IV-Gesetze,

d.h. SPD und Grüne, bei Billigung von CDU/CSU, nicht zu sehr auf die Füße zu treten. Denn wir wissen: Das herrschende Recht ist stets das Recht der Herrschenden.

Bereits am 9. Februar 2010, also vor fast zehn Jahren, hatte das BVerfG festgestellt, dass das Grundgesetz „jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu(sichert), die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“ Und es hatte allgemein

### Inhalt:

Klimapolitik/DKP-Kreiskonferenz	S.2
Mit.Bus/Rauchverbot?/Grundrente	S.3
Pflegenotstand/Feuerwerk	S.4
Kommunale Tricks und Täuschung	S.5
Mahngang/Sozialamt/Leserbriefe	S.6
IG-Metall-Tag/Rojava	S.7
Freiheit/Israel/VVN-BdA/Termine	S.8

festgestellt, dass die Regelsätze nicht verfassungsgemäß ausreichend bemessen sind.

Die Bundesregierungen blieben davon unbeeindruckt; die Jobcenter kürzten sogar früher mögliche einmalige Zuschüsse und sanktionierten weiter. Und das dürfen sie – lt. BVerfG - auch weiterhin, nur nicht so doll. Sie dürfen also von dem, was sie selbst als Existenzminimum für zu niedrig genannt haben, wegnehmen. Denn sie dürfen erwarten, dass die Arbeitslosen selbst mithelfen – auch wenn es gar keine Arbeit gibt, dann sollen sie wenigstens sinnlose Bewerbungen schreiben. So ist das mit den Menschenrechten.

Aber die schlimmsten Sanktionen sind vom Tisch. Die Sanktionierten sollten sich überlegen, ob sie nicht die ihnen verfassungswidrig weggenommenen Leistungen gerichtlich einfordern. E.B.



## Vor 75 Jahren, am 6. Dezember 1944, fielen Bomben auf Gießen

Die von den Nazis im 2. Weltkrieg überfallenen und zerstörten Länder hatten zurückgeschlagen. Das Stadtzentrum wurde zu 86% zerstört, 390 Menschen starben. In den Reden wird der Toten gedacht und an den Krieg erinnert - an Vergangenes.

Gleichzeitig werden neue Kriege vorbereitet, werden Bundeswehrsoldaten in



Gießen 1944, Marktplatz

alle Welt geschickt bis ins Südchinesische Meer, wie Kriegsministerin Kramp-

Karrenbauer jüngst verkündete.

“Es ist nicht unvermeidbar, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass wir in 15 Jahren mit China im Krieg sein werden”, sagte am 25.10.2018 der frühere Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa Ben Hodges dem Spiegel. Am 17.12.2018 hat er den Zeitabstand auf 10 Jahre verkürzt. Was sagt er heute?

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

# Klimapolitik: Die Armen sollen sparen

Bei allen Krisen haben die dem Kapital verpflichteten Politiker die gleiche Lösung: Die eh schon Armen sollen sich noch mehr einschränken. Beim angeblichen Kampf gegen den Klimawandel ist es nicht anders. Das mit viel Propaganda beschlossene Klimapakete enthält vor allem finanzielle Belastungen für Energieverbraucher und Anreize für CO<sub>2</sub>-Einsparungen wie Elektroautos und Gebäudesanierungen. Die Verteuerungen treffen vor allem die, bei denen die Kosten für Heizung, Strom und Transporte einen erheblichen Teil ihres Einkommens



So viele Menschen wie die fürs Klimastreikenden Schüler bringen die Erwachsenen bei ihren Aktionen nicht auf die Beine. Eine schöne Kundgebung mit guten Reden und Liedern brachten die „Parents for Future“ im Bündnis mit einigen Umweltorganisationen am Kirchenplatz aber doch zustande. Das kann noch mehr werden!

ausmachen. Für Wohlhabendere sind das lästige Mehrausgaben, aber kein Grund, wirklich Energie und damit CO<sub>2</sub> zu sparen. Die finanziellen Anreize machen es leichter, als Zweit- oder Drittwagen ein E-Auto zu wählen. Die thermische Sanierung von Gebäuden wird auch weiterhin vor allem von den Mietern bezahlt, die Eigentümer bekommen die Wertsteigerung der Immobilie gratis und können, nachdem die Mieterhöhung die Investition amortisiert hat, weiterhin die erhöhte Miete kassieren. Zur Verhinderung des drohenden Klimawandels werden erzwungene oder freiwillige Einsparungen der Konsumenten bei weitem nicht ausreichen. Die Hauptursache ist die kapitalistische, an Profit und Wachstum orientierte Produktionsweise. Nur eine gesamtgesellschaftliche Planung der Energieerzeugung und Warenproduktion würde die Erreichung der auf der Pariser Klimakonferenz vereinbarten Ziele noch möglich machen. Vernachlässigt in der öffentlichen Diskussion

wird die enorme Energie- und Ressourcenverschwendung durch Militär.



Jede Rüstungsausgabe, jeder Einsatz und jedes Manöver erhöht völlig unnötig den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Hier ein Beispiel: Ein Kampfjet verbrennt in nur einer seiner unnützen Flugstunden so viel Sprit wie ein PKW auf 100.000 km.

Klimabewegung und Friedensbewegung müssen zusammen kämpfen. Die Proteste der Jugendlichen allein werden nicht reichen. Alle, die das Problem erkannt haben, müssen für eine grundlegende Änderung des Systems kämpfen. Gernot Linhart

## Kreiskonferenz 2019 der DKP Gießen

Ein vorwiegend positives Fazit ihrer Tätigkeit konnte die DKP auf ihrer Kreiskonferenz am 13. November ziehen. Im Zentrum ihrer Politik haben, wie es im Rechenschaftsbericht heißt, die größten Herausforderungen unserer Zeit gestanden: Krieg und Militarisierung der Gesellschaft sowie Sozialabbau – zwei Seiten der gleichen Medaille. Während die Rüstungsausgaben in die Höhe getrieben werden, wächst die Armut. Mit dem Gießener Echo, das monatlich mit einer Auflage von 6000 Exemplaren erscheint, ist es gelungen, darüber hinaus die Probleme vor Ort aufzugreifen.

Deren Ursachen sind zum einen die chronische Unterfinanzierung der Kommunen insgesamt, als auch die Tatsache, dass Wohnbau, Stadtwerke u. a. der direkten Kontrolle durch das Stadtparlament entzogen und in gewinnorientierte AGs bzw. GmbHs umgewandelt wurden. Aber auch in den

Tarifikämpfen der abhängig Beschäftigten hat die DKP solidarische Unterstützung geleistet: bei den Metallern, am Klinikum, im öffentlichen Dienst



sowie aktuell bei den streikenden Kolleginnen und Kollegen von Mit.Bus. Aktiv beteiligt waren die Gießener Kommunistinnen und Kommunisten an antifaschistischen Aktionen, an den Demos Fridays for Future und den Kundgebungen gegen die §§ 218/219a.

Leider musste aber auch festgestellt werden, dass es trotz vielfältiger Akti-

vitäten zu keiner nennenswerten organisatorischen Stärkung gekommen ist, obwohl zu Beginn wieder ein neues Mitglied aufgenommen werden konnte.

Noch vor den Wahlen wurde Michael Beltz, der dem Kreisvorstand seit 1970 angehörte und nicht mehr kandidiert, für seine jahrzehntelange Arbeit gedankt (s. Foto). In Gießen ist und bleibt die DKP untrennbar mit dem Namen Beltz verbunden, stellte Gernot Linhart in seiner Würdigung fest und überreichte einen großen Strauß Nelken sowie ein von den Mitgliedern unterzeichnetes Dankes-Plakat.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurden alle einstimmig bzw. mit großer Mehrheit gewählt: Erika Beltz zur Vorsitzenden, Rainer Grabowski zum stellvertretenden Vorsitzenden, Martina Lennartz, Gernot Linhart und Henning Mächerle zu weiteren Vorstandsmitgliedern. E.B.

# Streik bei Mit.Bus notwendig!

Der Streik bei Mit.Bus dauert an. Die Bus-Unternehmer, die bisher ihre Fahrerinnen und Fahrer mit einem Stundenlohn von 13,50 Euro abgespeist haben, sind nicht bereit, die geforderten 16,60 Euro zu bezahlen und lassen es auf eine Kraftprobe ankommen. Ihr „Angebot“ einer Erhöhung auf 15,10 Euro klingt scheinbar verhandelbar; soll sich aber über einen Zeitraum von vier Jahren erstrecken. Das wären dann rund 50 Cent in der Stunde pro Jahr mehr.

Die Streikenden verdienen unser aller solidarische Unterstützung. Berücksichtigt man die Verantwortung, die mit diesem schweren Beruf einschließlich Schichtarbeit verbunden ist, dann sind die geforderten 16,60 Euro wahrlich nicht üppig.

Und wer ist für die ganze Sache verantwortlich? Die Kommunalpolitiker, die mit ihrem Privatisierungswahn alle kommunalen Dienstleistungen kapitalistischen Gesetzen unterwerfen. Am 1. Oktober 2003 wurde die Mit.Bus GmbH gegründet als 100%ige Tochter der Stadtwerke AG. Damals war's ein CDU-Magistrat, es hätte genauso gut die SPD sein können und erst recht die Grünen.

Würden die Gießener Busse wie früher unter rein kommunaler Regie fahren, dann würden die Fahrer nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt. Erika Beltz

# Warum scheut die SPD ein Rauchverbot auf Spielplätzen?

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung stellte Martina Lennartz (DKP) von den Gießener Linken den Antrag, dass in Gießen ein Rauchverbot an allen Kinderspielplätzen mit entsprechenden Hinweisschildern beschlossen werde. Dass Zigarettenrauch und die Zigarettenabfälle giftig und gefährlich für Kinder sind, stritt auch im Parlament keiner ab. 85 % der deutschen Bevölkerung befürworten ein Rauchverbot an Spielplätzen. Eine Studie der Deutschen Krebsforschung belegt ganz klar, dass Rauchverbotschilder nützlich sind und dadurch die Gesundheit unserer Kinder schützen. Dennoch lehnte die Stadtverordnetenversammlung den Antrag ab, denn das Ergebnis der Krebsforschung sei nicht kausal. Zudem meinte Nübel (SPD), dass sich dort abends Jugendliche zum Rauchen aufhalten würden, weshalb die Schilder nicht effektiv wären. Außerdem sei ein Verbot sinnlos, dessen Einhaltung man nicht kontrollieren könne. Die Schilder NO FOOD-NO RATS hat man in Gießen sicher nicht aufgestellt, weil sie nichts bringen oder man das annehme. Diesem Grundsatz folgend wären alle Verbote, die man nicht lückenlos kontrollieren kann, überflüssig. Selbstverständlich kann man gemeinsam ein Rauchverbot an Spielplätzen kontrollieren, wenn man die Kinder schützen will. Martina Lennartz



# Die GroKo kreißte und gebar ein Mäuschen Sie nannten es "Grundrente"

Wer mindestens 35 Jahre lang sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat (einschließlich Kindererziehungszeiten etc.) und trotzdem arm ist, soll ein Zubrot erhalten. Gut! Wichtig! Zu wenig! - Ursprünglich sollten zwei bis vier Millionen Menschen einen Zuschuss erhalten, jetzt ist nur noch von 1,2 bis 1,5 Millionen die Rede. Entsprechend weniger Geld soll dafür aufgewendet werden. Bis zu 404 Euro brutto würden bezahlt, aber: Wer wegen seiner geringen Rente bereits Grundsicherung beantragt hat, der bekommt nur knapp 14 Euro netto drauf. Man könn-

te sagen: viel Lärm um nichts. Für die Betroffenen zählt aber jeder Euro. Das Rentensystem der BRD ist durch die Agenda 2010 zum Armutssystem verkommen.

**Hier ein paar Vergleichszahlen:** Die Rente in Deutschland beträgt 48,2% vom durchschnittlichen Nettolohn. Die Rente in Österreich beträgt 91,6% vom durchschnittlichen Nettolohn. Die Rente in den 28 EU-Staaten beträgt 70,9% vom durchschnittlichen Nettolohn. (Zahlen aus der letzten OECD-Untersuchung von 2015)

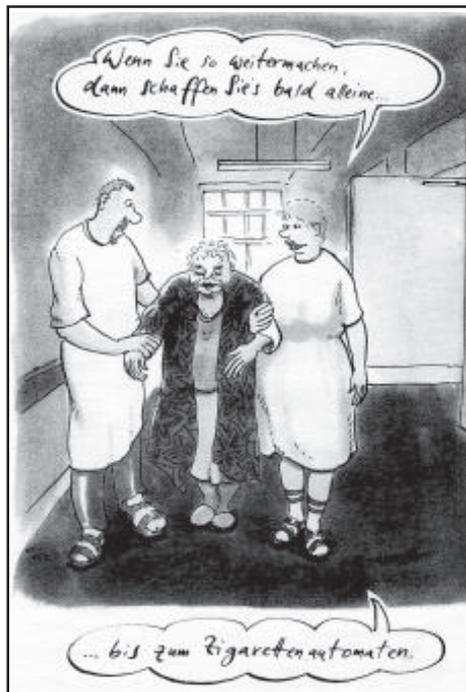


# Uniklinikum: Betriebsrat erklärt Pflegenotstand

Beschäftigte, Patienten und alle Interessierten wissen es seit Jahren: Am Uniklinikum Gießen/Marburg herrscht Pflegenotstand. Jetzt hat der Betriebsrat deswegen die Öffentlichkeit alarmiert. Stationen mussten bereits geschlossen werden, Betten konnten nicht mehr belegt werden.

Daneben wird Pflegepersonal von Zeitarbeitsfirmen angeheuert. Anders als in vielen Branchen werden Zeitarbeiter im Pflegebereich besser bezahlt als Festangestellte, darüber hinaus können sie sich ihre Dienstzeiten aussuchen. Für die Festangestellten ist das blöd: Sie müssen die ungünstigeren Schichten leisten und arbeiten neben Kollegen, die schlechter eingearbeitet sind, aber mehr verdienen. Für den Vorstand wird es immer schwieriger, die vorhandenen Stellen zu besetzen. Die Bezahlung hinkt seit Jahren hinter den Tarifen im öffentlichen Dienst (die aber auch noch zu niedrig sind) hinterher. Das UKGM ist die einzige deutsche Uniklinik, die Gewinne macht und an die Aktionäre verteilt – auf Kosten des Personals und der Patienten. Pflegeberufe sind in

den letzten Jahren immer unattraktiver geworden.



Es gibt immer mehr, die wegen der hohen Belastung das Berufsfeld wechseln oder in Teilzeit flüchten - und immer weniger, die diese Berufsaus-

bildung wählen. Arbeit im Krankenhaus war noch nie leicht, die Belastung und Verantwortung wurde noch nie ausreichend bezahlt. Seit der Einführung des Profitsystems in Kliniken wird es immer schlimmer. Immer mehr Häuser werden privatisiert, die Konkurrenz bringt Kliniken in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand dazu, sich an den Privaten zu orientieren.

Auslöser dieser Entwicklung war vor allem die Einführung der Finanzierung nach diagnosebezogenen Fallpauschalen. Dieses System, in dem es profitable und unprofitable Patienten gibt, hat das Krankenhauswesen schlechter, aber teurer gemacht. Der hyperaktive Gesundheitsminister Spahn, der sich für höhere Aufgaben qualifizieren will, doktert am System herum, macht aber nichts besser. Kein Wunder, als Kapitalvertreter will er das grundsätzliche Übel, die Profitorientierung, nicht antasten. Notwendig ist die Finanzierung nach tatsächlichem Aufwand und die Rückführung aller Kliniken in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung. Der Kampf geht weiter! Gernot Linhart

# Der Mensch an sich will Feinstaub, sagt der Magistrat

Ab 2035 will die Stadt Gießen klimaneutral agieren. Diese Absichtserklärung wurde nach einer erfolgreichen Unterschriftensammlung des Vereins „Lebenswertes Gießen“ von der Stadtverordnetenversammlung im September beschlossen. K.-D. Grothe, der grüne Fraktionsvorsitzende schleimte sich beim Verein ein:

„Wir unterstützen sie aus ganzem Herzen und in vollem Umfang“ ([www.lebenswertes-giessen.de](http://www.lebenswertes-giessen.de)). Ein erster Prüfstein für die Ernsthaftigkeit dieses Projektes war eine Anfrage des Stadtverordneten der „Gießener Linken“, Michael Beltz (DKP), an den Magistrat der Stadt. Nachdem er die Gefahren von Feuerwerken (Feinstaubwolken, Chemikalien in der Lunge, Verletzungen von Auge und Gehör, Angstzustände bei Tieren, Müll, Brände) verdeutlicht hat, wollte er wissen, was die Stadt unternähme,

um künftig laute Events und Feuerwerke in dem Landschaftsschutzgebiet Wieseckau zu verhindern und die Teichpopulation zu schützen. Umweltdezernentin Frau Weigel-Greilich



bestätigte, dass die Stadt die Möglichkeit habe Feuerwerke zu verbieten. Aber: „...Der bedeutendste Faktor in dieser Diskussion ist einmal mehr der Mensch selbst, der um die Schädlichkeit des Feuerwerks weiß und trotzdem auf das Feuerwerk nicht

verzichten möchte...“ Ja, da kann man wohl nichts machen, Frau Weigel-Greilich, oder? Deutlicher kann man nicht seine eigene grüne Harmlosigkeit und das Desinteresse des Magistrats bekunden.

Ein zweiter Prüfstein für die Stadtverordneten, die Umweltziele bis 2035 anzugehen, bot ein Antrag der „Gießener Linken“, Martina Lennartz (DKP): „Verbot der Feuerwerke in Gießen – mit Ausnahme an Silvester an einigen ausgewiesenen Stellen“. Der Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Von einer Ernsthaftigkeit der Bemühungen, die Klimaziele bis 2035 zu erreichen, kann bei den bürgerlichen Parteien bisher keine Rede sein. Vielleicht bringt eine gerichtliche Klage der „Deutschen Umwelthilfe“ mehr Klarheit und Bewegung, damit die Gesundheit der Bevölkerung geschützt wird. Mario Berger

# Mit allen Tricks zur Gebührenerhöhung

Im vorigen Gießener Echo hatten wir die Preiserhöhungen bei Fernwärme und Abwasser kritisiert und festgestellt, dass es an einer demokratischen Kontrolle der Preisgestaltung fehlt. Von einem Leser wurden wir darauf hingewiesen, die Kalkulationen kommunaler Dienstleister würden vom Regierungspräsidium als

Kommunalaufsicht überprüft. Diese Behörde hat aber mehr Interesse an ausgeglichen Haushalten der Kommunen als an preiswerten Dienstleistungen für die Bürger. Hier zwei Beispiele dafür:

\* Als viele Stadtwerke in Aktiengesellschaften oder ähnliches umgewandelt wurden, wurde das Kartellamt für

die Überprüfung der Kalkulation zuständig. Die Überprüfung führte dazu, dass in vielen Städten die Preise gesenkt werden mussten, teilweise musste sogar Geld zurückgezahlt werden. Die Kommunalaufsicht hatte die überhöhten Preise genehmigt. Um dem Kartellamt zu entgehen, wurde in Gießen das Wassergeschäft von den Stadtwerken abgetrennt und die Mittelhessischen Wasserwerke gegründet, für die wieder das Regierungspräsidium zuständig war. Die hohen Preise blieben.

\* Unsere Nachbarstadt Linden hat im vergangenen Jahr etwa 200 000 Euro am Abwasser verdient, trotzdem wurden in diesem Jahr die Preise erhöht – die Kommunalaufsicht hatte nichts dagegen. Es fehlt also eine Prüfungsinstanz, die die Interessen der Bürger vertritt!  
Gernot Linhart



## Statt Antwort Ablenkung und Täuschung

Bei der Antwort auf die Frage der „Gießener Linke“ nach dem Schutz des Landschaftsschutzgebietes greift der Magistrat tief in die Trickkiste. Um vorzugeben, dass die Teichhuhn-Population durch die Landesgartenschau und der anschließenden Partymeile um die „Strandbar“ nicht zurückgegangen ist, bemüht sie eine Statistik der Brutreviere.

Entscheidend ist aber die Zahl der Einzeltiere und die Bruterfolge. Und die ist seit Baubeginn der Landesgartenschau bis heute empfindlich zurückgegangen. 2011 und 2013 gab es überhaupt keinen Bruterfolg. 2014 wurden wissenschaftlich genaue Untersuchungen des Gebietes durch die Aussperrungsgitter der Landesgartenschau verhindert.

Die Frage, woher die Populationen der Teichvögel kommen, ist höchstens ein Ablenkungsmanöver und hat mit der gestellten Frage nach dem Brutdesaster nichts zu tun. Interessanterweise wird die Magistrats-Statistik mit dem unvollständig erfassten Jahr 2008 gestartet, denn im Jahr davor gab es einen herausragenden Brutbestand. - Wir sehen: Man muss Statistiken nicht selbst fälschen, um wohlfeile Ergebnisse zu bekommen. Wie schlampig die Beantwortung ausgeführt wurde, zeigt der Bezug auf einen Zeitungsbericht vom 19.11.2019, den es zum Zeitpunkt der Beantwortung (Oktober) noch gar nicht gab. Eine einzige dilettantische Frechheit gegenüber gewählten Stadtverordneten. Mario Berger



## „Wohnungspolitik und Eigentumsfrage“

Zu diesem Thema hatten die Fraktionen der „Gießener Linke“ den früheren Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“, Arnold Schölzel (Mitte), aus Berlin eingeladen.

Dabei wurde herausgestellt, dass die Wohnungsnot ursächlich mit dem Kapitalismus zusammenhängt, in dem auch alle Bereiche der täglichen Daseinsvorsorge dem Profit untergeordnet sind.

Reinhard Hamel (Linkes Bünd-

nis, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, links im Bild) schilderte die Lage im Landkreis und die Probleme, die



sich aus den unzureichend bewilligten „Kosten der Unterkunft“ für Hartz-IV-Bezieher ergeben.

Michael Beltz (DKP, Stadtverordneter der "Gießener Linke", rechts im Bild) moderierte die Veranstaltung, die sich durch eine sehr lebhaft Diskussions mit Kritik am Magistrat und der Wohnbau Gießen GmbH auszeichnete. Beide beschränken sich untätig auf die Mangel-Verwaltung. M.B.

# Mahngang am Jahrestag der faschistischen Reichspogromnacht

Am 9. November 2019 fand in Gießen wieder ein Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht statt. Dieser findet seit 1978 regelmäßig statt. Aufgerufen haben ARAG, DKP, SDAJ und die VVN/BdA. Gut 180 Personen fanden sich am Rathausplatz ein. Es wurde an den einzelnen Stationen, an denen die Faschisten nach der Machtergreifung Hitlers und am 9.11. in Gießen aktiv waren, mit Gedenkminuten und Redebeiträgen gedacht und im Anschluss jeweils eine rote Nelke niedergelegt. Der Mahngang endete an der Kongresshalle Gießen, am Standort der einstigen Hauptsynagoge, welche ebenfalls 1938 niedergebrannt wurde. Die Gruppe sang gemeinsam das Lied der Moorsoldaten und legte eine Schweigeminute ein. Am Gedenkstein wurde ein Kranz niedergelegt. Martina Lennartz



## Sozialamt – Realsatire in zwei Akten

Akt 1: Als ich das letzte Mal Grundsicherung wegen Erwerbsminderung beantragen musste, ging es mir nicht gut. Ich wollte die Wohnung wegen des Antrags nicht verlassen, weil mir der Weg zur Kreisverwaltung zu weit und zu umständlich war. Daher zog ich mir ein Formular per pdf-Datei aus dem Internet herunter und druckte es auf weißem Papier.



Redaktionsschluss für  
Januar-Echo: Mi., 1. Jan.

### Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)  
Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

**Ich möchte:**

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Nach jahrelanger Praxis weiß man so ungefähr, was die Brüder und Schwestern im Kreis-„Sozial“-amt brauchen. Ich zog mir die entsprechenden Dokumente aus meinen Ordnern, füllte den Antrag aus, schleppte mich zum Kopiercenter, kopierte alle Unterlagen und schickte den ganzen Schmonzes mit der Post an die Kreisverwaltung.

Akt 2: Etwa zwei Wochen später erhielt ich ein Schreiben: Ich möge doch beiliegendes gelbes Formular ausfüllen. Ich verglich die Formulare und stellte fest, dass sie in den we-

sentlichen Punkten vollkommen identisch waren (bis auf einige Zusätze, die jedoch nur Asylbewerber betreffen). Im Schreiben wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass der Betrag, der in meinem aktuellen Rentenbescheid stand, mit dem differiert, was auf meinen Kontoauszügen erscheint. Ich solle doch bei meinem Rentenversicherer vorsprechen und einen neuen Bescheid verlangen. Wisst Ihr, wie hoch der Differenzbetrag war?! - 32 Cent. In dem Moment dachte ich, dass ich in Schilda angekommen bin. (Name ist bekannt)

---

## Leserbriefe

### 70 Jahre DDR und 30 Jahre sogenannte Wiedervereinigung.

Jetzt haben die Bürger der ehemaligen DDR endlich das, was man ihnen einge-redet hat. - Und siehe da, auch die Freiheit im realen Kapitalismus hat ihren Preis. Und den haben zumeist die Menschen ohne Kapital zu bezahlen. Aber dafür können die Neubürger jetzt in der ganzen Welt rumfahren. Falls sie nicht an die neue Mauer stoßen. Die neue Mauer, die aus Bankauszügen gebaut ist. Willkommen in der Realität. Wolfgang Seibt

### Karikatur-Kritik

Die Karikatur beim Artikel „Wer Terrorist ist...“ passt absolut nicht zum Inhalt. Die Verwirrungsstifter in Sachen Terror und rechte Gewalt sind nun wirklich keine (orientalisch oder „zigeuner“-haft aussehenden) Wahrsager. Die Abbildung der Wahrsagerin links im Bild ist ein einziges (rassistisches) Klischee... Es bedient sich dessen in (für Karikaturen durchaus

zulässiger) Übertreibung. Aber es ist eben bis ins Detail (dicke Hakennase usw.) ein Klischee ohne ironische Distanz. Und der „Witz“ geht völlig am Thema vorbei und lässt beim Stichwort „Terrorismus“ sofort wieder nur an Orient denken, ob man das will oder nicht und ob man sich dessen (auf den ersten Blick) bewusst ist oder nicht. Norbert Umsonst

### Bolivien: Revolution von oben

Unter Morales wurde in den 13 Jahren lt. UN die Armut von 60 auf 30% gesenkt. Unter Morales wurde die Analphabetenrate von über 20% auf 6% gesenkt. Morales hatte die ausländischen Erdgas-konzerne mit Entschädigung enteignet. Vorher gingen 82% des Erlöses ins Ausland, 18% bekamen die bolivianischen Kapitalisten. Nach der Enteignung bekam der Staat Bolivien 82%, 18% gingen an die Konzerne. Generäle, Gewerkschaftsführer, Polizeichefs und Politiker wurden vom Kapital gekauft. - Für mich Verräter! Tagesschau verschweigt das.

Lennard Alswede

# "Die ZUKUNFT kann kommen – WIR sind bereit"

So titelt die monatlich erscheinende metallzeitung, die Ende Oktober bei allen 2,2 Millionen IG Metall Mitgliedern in dem Briefkasten landete. Auf der Titelseite der Mitgliederzeitung ist diesmal ein Gießener Kollege, der als Mitglied des Ortsvorstands der IG Metall Mittelhessen und Betriebsrat von BOSCH Thermotechnik in Lollar Delegierter auf dem Gewerkschaftstag war.

Auf Grund seiner Erfahrungen auf dem Gewerkschaftstag kommentiert er nachfolgend die Hauptüberschrift der metallzeitung.

**Tobias Salin:** Also wenn mit »WIR« die kämpferische Abteilung der IG Metall gemeint ist, dann würde ich sagen, sind wir bereit für die Herausforderungen der Zukunft:

Bereit, die Krisenkosten die Verursacher selbst zahlen zu lassen und nicht Tausende in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Bereit, endlich Leiharbeit und Werksverträge abzuschaffen und dadurch gemeinsame Kämpfe im Betrieb führen zu können.

Bereit, auch über das Werkstor hinaus einheitliche Lohn- und Arbeitszeitkämpfe in Ost und West, branchen- oder sogar länderübergreifend

zu führen, um so der Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken.

Leider war mein Eindruck auf dem



Gewerkschaftstag ein anderer. Der Vorstand schreibt Sozialpartnerschaft nach wie vor groß. An klare Kante gegen das Kapital hin zu einer Gesellschaft, in der Menschen und nicht

Profite im Mittelpunkt stehen, ist nicht zu denken.

Die neuen 24h-Streiks werden schon jetzt mit Samthandschuhen angefasst, von unbefristeten Streiks in der Fläche ganz zu schweigen. Aber um wirklich bereit für die Zukunft zu sein, müssten wir fristlosen Massenentlassungen unbefristete Massenstreiks entgegensetzen.

Um gegen Leiharbeit und Werksverträge zu agieren, dürften wir nicht anfangen, diese durch Tarifverträge zu verfestigen. Stattdessen müssten wir sie bekämpfen, keine Fremdvergabe mehr zulassen und durch politischen Massendruck diese Form der Ausbeutung auf den Misthaufen der Geschichte katapultieren.

Und um wirklich internationale Solidarität zu üben, sollten wir ein klares Verbot von Waffenexporten und dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland fordern und mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie für eine Rüstungskonversion auf die Straße gehen.

Lasst uns die Gewerkschaften wieder zu dem machen, was sie sein sollten: zu Kampforganisationen der Arbeiter auf dem Weg zu einer Arbeiterdemokratie!

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. (Karl Marx)



Demo in Gießen

## DKP-Veranstaltung: Rojava - Jenseits des Nationalstaates?!



Fast 40 Interessierte folgten der Einladung der DKP Gießen zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Rojava - Jenseits des Nationalstaates?!“ Der völkerrechtswidrige Angriff der Türkei auf die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien (kurdisch: Rojava) wird zu einer immer größeren humanitären Katastrophe für die dort lebenden Völker. Mit brutaler Härte soll diese demokratische Alternative zur imperialistischen Weltordnung zerstört werden. Widerstand und internationale Solidarität sind wichtiger denn je. Foto: (v.l.n.r.) Henning Mächerle - DKP Gießen, Kadir Bayram - NAV-DEM, Nazira Gewriye - Co-Präsidentin der Region Jazeera von Nord- und Ostsyrien, Hülya Gabriel - Co-Präsidentin der European Syriac Union. R.G.

## 9.11.'89, Mauerfall: Endlich! Freiheit!

**Freiheit** für die BRD-Industrie, sich die Betriebe der DDR spottbillig unter den Nagel zu reißen,

**Freiheit** für die Bodenspekulanten und Miethaie, den dortigen Wohnungsbestand mit Mieten von bisher 4% des Einkommens unter sich aufzuteilen,

**Freiheit** für die Ausbeuter, durch Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit die Menschen in Armut und Hartz IV zu stürzen,

**Freiheit** für die Gesundheitsindustrie, das bisher kostenlose Gesundheitssystem der DDR der Profitwirtschaft zu unterwerfen,

**Freiheit** für die Kirchen, den Schwangerschaftsabbruch auch im Osten wieder unter Strafe zu stellen,

**Freiheit** für die deutschen Imperialisten, wieder völkerrechtswidrige Angriffskriege zu führen und deutsche Soldaten in alle Welt zu schicken, und **Freiheit** für die Medien, einen Haufen übelsten Unrat, Verleumdungen und Hetze über die DDR auszukippen, damit niemand die Wahrheit der „Freiheit“ erkennen möge.

**Liebe Leser und Leserinnen, Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2020 - und um Spenden**

**Sparkasse Gießen, IBAN:**

DE 75 5135 0025 0000 1930 70

*Es grüßt mit herzlichem Dank  
die Echo-Redaktion.*

**Wir bedanken uns sehr  
herzlich für alle  
Spenden!**

## Kritik an Israel ist kein Antisemitismus

Auf der letzten Sitzung des Kreisvorstandes der DKP Gießen befassten sich die Mitglieder u.a. mit der Stadtverordnetenversammlung vom 14.11.2019. Insbesondere ging es hierbei um den Vorwurf, Michael Beltz bzw. die DKP seien antisemitisch.

Dazu erklärte Henning Mächerle: Jeder Kritik an Israel wird gleich Antisemitismus unterstellt - auch im Gießener Stadtparlament und das nicht nur in der letzten Sitzung. Die Kommunisten waren die Hauptkraft im Widerstand gegen den Faschismus auch im deutschen Reich. Die Kommunisten waren die ersten Opfer des faschistischen Terrors nach 1933.

Es ist ein typischer Ausdruck des bürgerlichen Antikommunismus à la Burkhard Möller (GAZ), aus Opfern Täter zu machen und unterschiedliche Opfergruppen gegeneinander auszuspielen. Damit soll die zentrale Rolle des Bürgertums bei der Machtübergabe an die Faschisten verschwiegen werden. Insofern ist der Vorwurf des Antisemitismus an die DKP nicht nur falsch, sondern auch der heuchlerische Ausdruck des eigenen Antikommunismus.

Die UdSSR war eines der ersten Länder, die Israel nach dessen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 offiziell aner-

kannte. Erst als Israel begann, die Palästinenser zu vertreiben und zu einem imperialistischen Brückenkopf des Westens im Nahen Osten wurde, hat sich das Verhältnis geändert. Die aktuelle Erklärung der US-Regierung, den israelischen Siedlungsbau im Westjordanland nicht länger als Verstoß gegen internationales Recht zu betrachten, stößt nicht nur bei der DKP auf Widerstand. Die Palästinenser haben umgehend protestiert und auch die EU wird sich diesem Schritt nicht anschließen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte: „Alle Siedlungsaktivitäten sind nach dem Völkerrecht illegal und unterhöhlen die Tragfähigkeit der Zwei-Staaten-Lösung sowie die Perspektiven für einen dauerhaften Frieden“.

Auch in Gießen setzt sich die DKP gegen jeden Antisemitismus ein. Mit ihrer Teilnahme am traditionellen Mahngang der Gießener Antifaschisten anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November zeigt sie eindrucksvoll, wie wichtig es ist, an die Verbrechen der Faschisten zu erinnern und zu mahnen, dass sich ein solcher Völkermord nicht wiederholen darf.

Rassistische, menschenverachtende und damit auch antisemitische Positionen haben in unserer Partei keinen Platz.



**blog.unsere-zeit.de  
www.dkp-hessen.de  
www.dkp-giessen.de  
DKP-Gießen auch bei facebook**

**3 WOCHEN GRATIS!** **junge Welt**  
[www.jungewelt.de/testabo](http://www.jungewelt.de/testabo)  
Abotelefon: 030 53 63 55 50  
**Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.**

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**6 Wochen  
kostenlos testen**  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)  
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

## VVN-BdA verliert Gemeinnützigkeit

Das hat das Berliner Finanzamt (mit einem "rot/roten" Senat) im November beschlossen. Damit ist die Existenz der VVN-BdA unmittelbar bedroht. Im Februar bereits war Attac die Gemeinnützigkeit entzogen worden. Weitere dürften folgen, denn lt. Finanzminister Scholz soll nur noch dann unterstützt werden, wenn die Absicht, politische Parteien oder die staatliche Willensbildung zu beeinflussen "weit in den Hintergrund" tritt - was immer das sein mag. Demokratische Rechte sollen ausgehöhlt, kritische Opposition mundtot gemacht werden. Man kann es auch Klassenkampf von oben nennen.

## § 219a

Nächste Verhandlung gegen Kristina Hänel: Donnerstag, 12. Dezember, 10 Uhr, Saal 207, Landgericht Gießen

**Jeden Montag, von 18 bis 19  
Uhr bei den 3 Schwätzern im  
Seltersweg/Ecke Plockstr:  
Protest gegen  
Hartz IV**